

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

691
An die Kr.
Telegraph-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Havliczkova nám. 32.
Postfachamt 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfterem
Einschaltungen Preisnachlass.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 8.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 7. Juni 1923.

Nr. 130.

Streit in Bermanenz.

Unter den Koalitionsgenossen geht es wieder einmal hoch her. Diesmal sind es die Nationaldemokraten unter Dr. Kramarischs Führung, die mit den Regierungssozialisten in eine Keilerei geraten sind. Dr. Kramarisch konnte früher mit Dr. Rajsin in Gemeinschaft über die allnationale Koalition nicht genug Stühmenswertes erzählen. Beide bereisten damals die Republik und verkündeten die Koalition als die in der Tschechoslowakischen Republik einzig mögliche Regierungsform. Das Problem des Zusammenschlusses der tschechischen Parteien sei, so erklärte er, das einzige und erste Problem der tschechischen Politik überhaupt und die Zusammenfassung des Parlamentes sei eine solche, daß er sich ohne diese Vereinigung eine parlamentarische Regierung, die eine nationale und tschechische Politik betreiben soll, nicht einmal vorstellen könne. Hauptbedingung sei daher, daß die Koalition fest bleibe.

Das sagte Kramarisch, als er noch keinen anderen Weg sah, um der von ihm vertretenen tschechischen Bourgeoisie einen verstärkten Einfluß im Staate zu verschaffen, als eben durch die Koalition, die denn auch eifrig nach seiner Pfeife tanzte. Seitdem ist seine Begehrlichkeit beträchtlich gewachsen: er will nicht mehr indirekt durch die Koalition regieren, was immerhin einige Anstrengungen verursacht, denn nicht immer wollen sich die regierungssozialistischen Parteien mit Gleichmut in die ihnen zugemutete Bagodenrolle schiden, sondern er will direkt und allmächtig herrschen. Für diesen Zweck hinkt ihm die Koalition ein unzulängliches Werkzeug zu werden. Jetzt locken ihn mehr die Vorbeeren Mussolinis. Er weiß, daß die von ihm gefeierte Koalition, welche die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der tschechischen Bourgeoisie über die nicht tschechischen Nationen zur Aufgabe hat, vor dem Verkrachen steht und er erblickt die einzige Möglichkeit zur Sicherung des bisherigen nationalen Gewaltsystems in einer radikalen Aenderung des Wahlsystems, welche im Parlamente dem an Zahl geringen tschechischen Bürgertum die Mehrheit sichert.

Am liebsten wäre Herrn Kramarisch allerdings eine Vereinfachung des Parlamentes überhaupt und die Aufrichtung einer Militärdiktatur oder der Herrschaft seiner rot-weißen Faschistengarde. Diesen Plänen steht seiner Ansicht zufolge der Präsident Masaryk entgegen. Darum hämmert er nach Leibeskraften auf ihn los. Mit dem Präsidenten glaubt er auch noch eine persönliche Rechnung zu begleichen zu haben. Es tut ihm in der Seele weh — und die Wunde brennt noch wie am ersten Tage — daß Masaryk und nicht er auf dem Präsidentenstuhle sitzt, denn er, der von der österreichischen Kriegsgerechtigkeit zum Tode verurteilt wurde, glaubt die größeren Verdienste um die Errichtung des tschechischen Staates zu haben. Aus diesen Empfindungen der gekränkten Leberwurst fließen die wiederholt von ihm und seinen Getreuen erhobenen Behauptungen, daß nicht die Männer der Auslandsrevolution, nicht Masaryk und Beneš, die wahren Vertreter der Nation seien, sondern jene, die im Land vor und zur Zeit des Umsturzes an der Unterminierung des österreichischen Staates gewirkt hätten. Von Kramarischs Umgebung geht eine systematische offene und versteckte Hebe gegen den Präsidenten aus, dessen gelegentliche Versuche, über den nationalen und politischen Kämpfen im Staate zu stehen, ihn den Widerwillen der tschechischen Nationalisten eingetragen haben. Die wackeren Patrioten spinnen Intrigen, tuscheln sich, verständnisvoll grinsend, die neuesten Anekdoten über den Präsidenten ins Ohr, die ihn herabsinken sollen. Geschichtchen werden erzählt, kurz, kein Mittel unversucht gelassen, um Masaryk noch mehr zu isolieren, als er schon ist. Hand in Hand geht damit eine planmäßig organisierte Verherrlichungspropaganda für den großen Kramarisch, die nun schon dazu geführt hat, daß nationaldemokratische und clerikale Studenten bei einer Demonstration auf dem Wenzelplatze den „Präsidenten Kramarisch“ hochleben ließen.

Grinste Lage in Deutschland.

6 Tote und 32 Verwundete in Leipzig.

Leipzig, 6. Juni. (Wolff.) Für heute nachmittag hatte das Gewerkschaftslokal Leipzig gemeinsam mit der vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz einberufen. Schon um 4 Uhr hatten sich undisziplinierte Massen angesammelt, die die am Augustusplatz stationierte Polizeibeamte verprügelten und zu entwaffnen suchten. Dabei wurden einige Polizisten verletzt. Es wurden Verstärkungen herangezogen, doch wurde die Polizei schließlich von der Menge bis an die Ritterstraße zurückgedrängt. Um diese Zeit trafen die Demonstrationen auf dem Augustusplatz in völliger Ordnung ein und die Demonstration verlief ebenfalls ruhig, verzögerte sich jedoch etwas. Bei dieser Gelegenheit hepten wilde Redner die Massen auf. Die Menge in der Grimmaschen Straße verlangte, daß die Polizei abziehe. Die Polizei drängte die Menge zurück und der Augustusplatz wurde geräumt. Hierbei fielen aus den Reihen der Demonstranten Schüsse. Daran wurde auch von der Polizei geschossen, zunächst blind, dann auch scharf. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind sechs Tote und 23 Verwundete zu beklagen. Plünderungen wurden durch die Polizei und den Ordnungsdienst verhindert. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl der Ordner war von der Menge mißhandelt worden. Die Stimmung im Stadttinner ist erregt. Die Demonstranten wurden schließlich nach dem Hauptbahnhof abgedrängt und zogen von hier aus in die Wintergartenstraße, wo ein Geschäft geplündert wurde. In der inneren Stadt und auf dem Ring ist die Ruhe wiederhergestellt.

Die Erregung der Arbeiterschaft.

Berlin, 6. Juni. (Eigenbericht.) Wie groß die Erregung in der Arbeiterschaft wegen der Teuerung und der Untätigkeit der Regierung ist, zeigte sich gestern bei den stark besuchten Versammlungen, die die Sozialdemokratie in Berlin abhielt. In Resolutionen werden Lohn-erhöhungen und Kampf gegen die Marktentwertung verlangt. Donnerstag wird der Reichstag die Beschlüsse der Sozialdemokratie verhandeln. Aber auch im preussischen Landtag haben unsere Genossen die Regierung interpelliert und verlangen scharfes Einschreiten gegen den Wucher und die Spekulation. In Berlin greifen verschiedene Ausstandsbevegungen um sich.

Seine faschistische Garde, die zu anderen Nationen noch zu schwach ist, betätigt sich vorläufig als Alaque und hat überall, wo Kramarisch erscheint und seine Weisheit strömen läßt, für den nötigen „rauschenden Beifall“ und für „stürmische Ovationen“ zu sorgen, die dann wieder von seinen Leibblättern in festlicher Aufmachung den Lesern vorgelesen werden. Mit Hilfe dieser wohlausgebildeten Reklame könnte der letzte kränkende Kravattenor zu einem berühmten Helidentor emporgeschwindelt werden. Nun kann er es nicht erwarten, das auch zu sein, was er indessen nur zu sein scheint: der gebietende Mann im Staate. Das sind auch die tieferen Gründe, die ihn veranlassen, gegen Dr. Beneš zu hehen. In der Favorinfrage, in der der Oberste Rat Herrn Dr. Beneš offenkundig im Stich lassen will, glaubt Kramarisch das geeignete Mittel gefunden zu haben, um die Stellung Benešs zu erschüttern und ihn als Außenminister wegzubringen. Er ist auf ihn auch wegen seiner Haltung zu Sowjetrußland wütend, weil er, anstatt eine bewaffnete Intervention in Rußland zu befürworten und Herrn Dr. Kramarisch wieder so bald als möglich zu seinen Schloßern in der Arm zu verhelfen, mit der russischen Regierung sogar Beziehungen unterhält. Darum hat er die Politik Benešs vor einigen Tagen

Ausdehnung des ober-schlesischen Streiks.

Beuthen, 6. Juni. (Wolff.) Die Ausstandsbevegung im ober-schlesischen Industriebezirk hat sich weiter ausgedehnt. Die neue Fiedlers Glucksgube ist in den Streik getreten. Auf allen im Streik befindlichen Werken werden die Rotstandsarbeiten verrichtet. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Streikenden statt. Der Ausstand greift auch auf Hindenburg und Gleiwitz über. Dort finden heute nachmittags ebenfalls Belegschaftsversammlungen statt, um zum Streik Stellung zu nehmen. Eine Versammlung der ober-schlesischen Straßenbahner wird sich auch mit dem Streik befassen. Die Berufsorganisationen der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter bleiben weiterhin bemüht, eine Ausdehnung der Streikbevegung zu verhindern.

Die Mark sinkt weiter.

Berlin, 6. Juni. (Eigenbericht.) Die fremden Devisen begannen heute neuerlich zu steigen, da die politische Lage wieder unangünstiger beurteilt wird. Es notierten: der Dollar 76,807, das Pfund Sterling 359,900, der Schweizer Frank 13,416 und die tschechische Krone 2234 (1925).

Die englische und italienische Arbeiterschaft zum Ruhrstreik.

Berlin, 6. Juni. (Eigenbericht.) Genosse Ventillet, einer der ältesten Führer der englischen Arbeiterbevegung, weilt im Auftrage der englischen Transportarbeiter 14 Tage im Ruhrgebiet und im Rheinland, um die Lage zu studieren. Sein Urteil dürfte für die Haltung der „Labour Party“ entscheidende Bedeutung gewinnen. Die Eindrücke, die er im besetzten Gebiete erhielt, haben ihn zu einer scharfen Ablehnung der französischen Politik geführt. Besonders verurteilt er die Ausweitung der imperialistischen Politik der französischen Regierung auf den Ruhr. Ventillet wird versuchen, die Macht der englischen Transportarbeiter dazu zu benutzen, dem französischen Imperialismus in den Arm zu fallen. Es dürfte in dieser Sache schon in nächster Zeit etwas geschehen.

Rom, 5. Juni. (Sch. P.) In der Kammer richtete der Generalsekretär des italienischen Arbeiterverbandes Grandi an die Regierung eine Interpellation in Angelegenheit der Ruhrfrage, worin er darauf verwies, daß die Besetzung des Ruhrgebietes neue internationale Konflikte hervorgerufen habe. Diese Interpellation beruht auf dem Beschluß des Arbeiterverbandes, die Regierung aufzufordern, sie möge darnach trachten, daß die Reparationsfrage dem Völkerbunde überwiefen werde.

öffentlich der Unmoral und Unehrenhaftigkeit bezichtigt und nun wagt der hahnerfüllte Streit unter den Koalitionsparteien wieder stürmisch hin und her.

Herr Svehla hat alle Hände voll zu tun, um die Streitenden zu befähigen. Seiner Vermittlertätigkeit wird es wohl gelingen, für eine Zeitlang äußerlich Ruhe zu schaffen. Aber der innere Gegensatz zwischen den Parteien der Koalition wird darum doch immer größer und nichts kann sie mehr zu einer lebendigen Einheit mit konstruktiver Kraft gestalten. Die Frühjahrsession des Parlamentes schließt mit einem so armseligen Ergebnis ab, wie nie eine andere zuvor. Verfahren und zerfallen sind die Koalitionsparteien nicht mehr fähig, sich über eine wichtige Frage zu einigen. Zermürbender, lähmender Streit ist bei ihnen in Bermanenz. Das einzige, was sie noch eint, ist die Furcht vor dem leeren Nichts, das entstehen muß, wenn die Koalition in Schutt zerfällt. Ihre Staatskunst hat alle Wege ins Freie verschüttet, alle Möglichkeiten der Gesundung verhindert. In der häßlichen Prügelei, mit der die Koalitionsherrschaft ihrem Ende entgegengeht, brückt sich symbolisch ihr wahres Wesen aus. Ihr Ende wird ein ihrem Wirken und Leben würdiges sein.

Die bayerische Reaktion und die bayerische Sozialdemokratie.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Auf dem internationalen sozialistischen Kongress in Hamburg hat Wells als Beispiel dafür, daß die Macht der faschistischen Bevegung ihre Grenzen habe und selbst in Bayern erschüttert worden sei, die eindrucksvolle Demonstration der Münchener Arbeiter am 1. Mai angeführt. In der Tat ist von diesem Tage an eine gewisse Entspannung und Wandlung in den bayerischen Verhältnissen eingetreten, aber man würde sich sehr täuschen, wenn man die moralische Niederlage, die die völkischen Aktivisten und ihr Anhang an diesem Tage erlitten haben, als ein Schwächung der gekauften bayerischen Reaktion ansehen wollte. Eben um die Folgen der unerlässlichen Dummheiten ihrer ins Lappisch-Exaltierte vordringenden Elemente nicht mittragen zu müssen, hat die Reaktion diese im letzten Augenblicke von sich abgeschüttelt. Und sogleich zeigte sich, daß der nationalsozialistische Vortrupp, der für sich die Hauptmasse des Heeres darzustellen schied und dessen Auflehnung die Regierung fürchtete, seine Tätigkeit nur mit behördlicher Unterstützung und Subventionierung durch die Gelder gewisser Industrie-kreise in einem solchen Maße entfalten konnte. Durch die von der Regierung erlassene Notverordnung zum Schutze der Staatssicherheit hat nun das wüste Treiben äußerlich nachgelassen. Und darauf allein kam es den maßgebenden Stellen an.

Dem sogar die Bayerische Volkspartei, die von den Nationalsozialisten und den Nationalaktivisten Differenzen erfuller Art trennen, hat nicht das mindeste Interesse daran, deren illegale Organisationen zu verbieten oder gar zu unterdrücken, weil diese doch im äußersten Falle ein wertvolles Instrument der bayerischen Gesamtreaktion bilden könnten. Zur Bildung eines solchen Gesamtblockes, zur Herbeiführung der lang-ersehnten Einheit auf der rechten Seite hat von neuem Herr von Rahe inuitiert der vaterländischen Verbände ausgerufen, damit die Schaffung eines Staatspräsidentenpostens, diese erste und wichtige Etappe auf dem antidemokratischen Wege, endlich einmal spruchreif werden kann. Rahe's Sammelparole ist kurz folgende: der nationale Staat — und damit meint Rahe vor allem Bayern — ist in Gefahr, zwischen den beiden um die Herrschaft ringenden Mächten, dem internationalen Kapitalismus und dem internationalen Volksweltismus, zerrieben zu werden, wenn sich nicht alle nationalen Elemente hinter die nationale Regierung stellen. Aufhören jeglicher Eigenbrödelerei, jedes großsprecherischen Pathos (Hitler), dafür stille und zähe Arbeit an der Wiederherstellung des Reiches auf Bismarckscher Grundlage, d. h. der Schaffung selbständiger Einzelstaaten. Damit hofft Rahe die einigende Formel für deutschnationale und Bayerische Volkspartei gefunden zu haben, welche letzterer es ja unbenommen bleibt, den Akzent mehr auf Bayern als auf Bismarck zu legen, hat sie doch schon in ihrer programmatischen Forderung der Schaffung einer eigenen selbständigen Wehrmacht eine breite Verführungsfläche mit den deutschnationalen gefunden. Hiemit ist die Gefahr gegeben, daß sich in Bayern aus einer scheinbaren Schwächung des Faschismus die zäheste und böseste Form der Reaktion entwickelt, die, wie in Ungarn, in einer Ueberkreuzung des Säbels und des Weiswedels bestehen würde.

Nicht man die Kräfte, die einer solchen politischen Konstellation, welche sich ja nicht allein aus rein innerdeutschen Entwicklungen ergeben könnte, wirksam entgegenarbeiten können, so bleibt nur die Sozialdemokratie übrig. Nach der Wiedervereinigung der früheren Unabhängigen mit der alten Partei, nach drei Jahren schweren Kampfes und geschäftigster Unterdrückung fängt sie nunmehr an, in Bayern wieder ein Maßfaktor zu werden, mit dem gerechnet werden muß. Im Laufe einer kurzen Zeit ist es ihr gelungen, durch Aufstellung einer aus ihren aktivsten Elementen hervorgegangenen Selbstschuttsorganisation nicht nur ihre Versammlungen vor Störungen zu sichern und nach außen kräftig und geschloffen aufzutreten, sondern auch die gesamte Partei mit neuem und frischem Leben zu erfüllen. Ein wachsender Zustrom von Mitgliedern ist das Ergebnis dieses langen und mühevollen Kampfes. Bei der endgültigen Lösung der Reparationsfrage wird sich zeigen, daß die Stärkung der sozialdemokratischen Position in Bayern für die gesamte deutsche Republik von der größten Wichtigkeit ist.

Die Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 6. Juni. (Savas.) Der amtliche Bericht über die heutigen französisch-belgischen Beratungen besagt: Die französisch-belgische Konferenz beharrte unverändert auf den früheren Beschlüssen, daß nämlich das Ruhrgebiet erst geräumt werden wird, bis die Reparationen bezahlt werden und daß der passive Widerstand eingestellt wird, bevor es zur Prüfung der neuen deutschen Vorschläge kommt. Die Konferenz beschloß Maßnahmen, worin der Druck hervorgehoben wird, durch den auf Deutschland eingewirkt werden soll, um es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Aus dem Ruhrgebiete.

Essen, 6. Juni. (Wolff.) Bei der Besetzung der Eisenbahnlinie Bergeborbeck - Altenessen - Dortmund, der letzten wichtigen Ost-West-Verbindung im Industriegebiet, scheint es sich um eine dauernde Militarisierung zu handeln. Die Aufforderung zum Uebertritt in den französischen Dienst ist von den Eisenbahnern allgemein abgelehnt worden. Die Aufweisungen der Eisenbahner im Bezirk Essen dauern an. Für neue Einquartierungen mußte in Bochum das Gymnasium geräumt werden, so daß jetzt in der Stadt 9 höhere Lehranstalten von den Franzosen besetzt sind.

Neuwied, 6. Juni. (Wolff.) Die den Kruppwerken gehörende hiesige Hermannshütte, sowie eine weitere Kruppshütte bei Mühlhofen ist von den Franzosen besetzt worden. Ein von Koblenz kommender französischer General erklärte, daß die Güter zur Entlastung von 20 Milliarden Mark Kohlensteuern besetzt worden seien, die die Firma nicht bezahlt habe.

Hagen in Westfalen, 6. Juni. (Wolff.) Das Telegraphenamt in Dortmund und ist besetzt worden. Der Telefon- und Telegraphenverkehr ist seit heute vormittags unterbrochen.

Angriff auf die Lebenshaltung der österreichischen Beamten.

Wien, 6. Juni. (Eigenbericht.) Der Bundeskanzler hatte heute eine Besprechung mit den Vertretern der Bundesangestellten und erklärte ihnen, daß die Regierung folgende Zugeständnisse zu machen bereit sei: Die Regierung bietet eine Erhöhung des Gehaltes um zwölf Prozent, verlangt aber eine Herabsetzung der Feuerungszulage um vier Prozent. Ferner bietet sie eine Kinderzulage in der Höhe von drei Prozent, dagegen sollen die Angestellten für die Bedienung selbst sorgen, indem ihnen zwei Prozent von ihrem Gehalte abgezogen werden. Die Bezüge der Pensionisten sollen herabgesetzt und der Runderhöhung angehoben werden. Der Eindruck dieser Vorschläge auf die Beamten war derart, daß die Beamten sehr enttäuscht darüber sind und ein schwächer Kampf zu erwarten ist.

Aus dem Bayerischen Landtag.

München, 6. Juni. (Tsch. W.) Im bayerischen Landtage wandte sich heute Vizepräsident Auer namens der sozialdemokratischen Fraktion gegen das Verbot der „Münchener Post“, das deswegen erfolgt sei, weil in dem Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen eine große Zahl hervorragender bayerischer Persönlichkeiten verwickelt sei und man die kritische Berichterstattung der „Münchener Post“ fürchte. Der neue bayerische Ausnahmezustand habe die Wirkung gehabt, daß die Linksparteien in ihrer Bewegungsfreiheit behindert wurden, während sich der Rechtsradikalismus nach wie vor unbehindert betätigt. Es vollziehe sich unter dem Schutze der Ausnahmeverordnung eine neue Konzentration im Lager des Rechtsradikalismus. Hittler hat neue Propagandawochen angekündigt, die sich gegen die neue Verhandlungspolitik des Reiches richten. Der Redner der liberalen Regierungspartei Auer Theodor erklärte, daß die bayerische Ausnahmeverordnung zu einer Reinigung des Rechtsradikalismus und zu einer Einigung der vaterländischen Verbände mit der Regierung führe, die großen Wert darauf lege, in den kommenden schweren Zeiten der äußeren und inneren Auseinandersetzung eine starke Stütze in den politischen Verbänden zu haben.

Deutsche Note an Polen.

Warschau, 6. Juni. (Tsch. W.) Die deutsche Regierung sandte an die polnische Regierung die Antwort auf die letzte Note betreffend die Schlichtung der polnischen Journalisten in Deutschland. Die Antwort enthält die Versicherung der deutschen Regierung, den polnischen Journalisten in Zukunft ihre Arbeiten in Deutschland zu erleichtern.

Inland.

Die Verstaatlichung der V.G.W.

In der Sitzung des Ausschusses für Verkehrs- und technische Angelegenheiten des Senates befand sich die Verstaatlichung der Buschtiehrader Eisenbahn auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter Senator Havlena zählte die Vorteile auf, welche die Verstaatlichung der Buschtiehrader Bahn dem Staate bringe und empfahl dem Ausschusse die Annahme der Regierungsvorlage.

Senator Genosse Friedrich wies darauf hin, daß durch die Verstaatlichung der Buschtiehrader Bahn neuerdings eine große Zahl Angestellter unter die Amtsverwaltung des Eisenbahn-

Baldwins Reparationsvorschlag.

Leidenschaftslosigkeit und nüchternes Bewußtsein.

London, 6. Juni. (N.R.) Die Londoner „Times“ beschäftigen sich in einem Leitartikel mit den Ausichten des Baldwin'schen Antrages in der Reparationsfrage. Sie bemerken, daß Baldwin bereits in einer deklarativen, wenn auch nicht so komplizierten Angelegenheit ähnlicher Art, bei der Regelung der englischen Schuldenzahlung an Amerika, vollen Erfolg erzielt hatte. Auch in seinem gegenwärtigen Streben nach einer möglichst raschen Erledigung der schwebenden finanziellen Probleme Europas wird er von allen seinen Landsleuten unterstützt. Die zu lösenden Probleme sind zahlreich und verschieden, jedoch der Schlüsselpunkt aller ist die Beilegung der deutschen Reparationsfrage, die ein für allemal erledigt werden müsse. So kompliziert dieses Problem auch sei, könne es, falls es der Nebensächlichkeiten und untergeordneten Fragen entleidet werde, dennoch gelöst werden. Insbesondere dürfe nicht versucht werden, die Lösung dieses Problems mit der Frage der französischen Sicherheiten zu identifizieren oder gar zu verbinden. Diese sind zwar ein gleich

wichtiges, jedoch ein separates Problem und weniger dringend. Die Reparationsfrage müsse in aller Leidenschaftslosigkeit durchbesprochen werden. Sie sei ein wirtschaftliches Problem und müsse auch vom wirtschaftlichen Standpunkte geregelt werden. Baldwin sei besonders dazu berufen, es von diesem Standpunkte aus zu lösen. Bonar Law's Plan mag vielleicht Frankreich und seinen Alliierten weniger vorteilhaft erschienen sein, als er in Wirklichkeit war und Poincare war leider nicht disponiert, die komplizierten Klauseln dieses Planes zu prüfen. Die gegenwärtige britische Regierung müsse deshalb bei aller diplomatischen Rücksichtnahme auf die französischen Gefühle, aber auch mit vollem nüchternen Bewußtsein des wirtschaftlichen Charakters dieses Problems vorgehen. Das erstere mit dem letzteren zu verbinden, sei allerdings nicht leicht. Baldwin wird jedenfalls den Vorzügen der Mithills Cursons in der einen, und jener Mac Kennas in der anderen Hinsicht für sich haben.

Czernins „Gedächtniswache“.

Wien, 6. Juni. (W.) Czernin veröffentlicht in den Blättern gegenüber den Ausführungen Dr. Bowers in der gestrigen Sitzung des Nationalrates eine Erklärung, wonach er den Gesandten in Paris niemals um die Entsendung von Ententetruppen gebeten habe. Seine ganze politische Vergangenheit als Minister des Äußeren und sein Verhältnis zu der tschechoslowakischen Regierung können keine Zweifel darüber lassen, daß er, wenn er etwas Ähnliches hätte versuchen wollen, sich nicht an den Vertreter der Tschechoslowakei gewendet hätte. Er habe zwar niemals und niemandem gegenüber ein Wehl daraus gemacht, daß ihm zwischen dem zweifachen Unglück für ein Land, der Besetzung durch fremde Truppen und der bolschewistischen Anarchie, das erstere als das geringere erscheine. Dieses Thema mit Tuszar besprochen zu haben, könne er sich jedoch nicht erinnern. Um Intervention habe er ihn bestimmt nicht ersucht. (Darnach hat er trotz seines „Verhältnisses zu der tschechoslowakischen Regierung“ mit Tuszar doch öfters gesprochen. D. Red.) — Beim Präsidenten Masaryk habe er sich um nichts anderes beworben, als um die Erlaubnis zu einer kurzen Reise in die Tschechoslowakei und nur zu dem Zwecke, seine 73jährige Mutter wiedersehen zu können und seine dringenden Privatangelegenheiten zu ordnen. Er habe sich an Masaryk (den „erbärmlichen“ D. Red.) direkt gewendet, da bei seinem Verhältnis zur tschechoslowakischen Regierung selbst die Erlangung eines einfachen Visums auf die allergrößten Schwierigkeiten stieß. Von irgendeinem Versuch, unter tschechoslowaki-

chem Schutz ins Ausland zu flüchten, könne also in diesem Falle nicht die Rede sein.

Der ertappte Lügner.

Wien, 6. Juni. (Eigenbericht.) Der „Abend“ veröffentlicht ein Dokument, das die Czerninschen Verleumdungen entschieden widerlegt. Das Dokument rührt von dem Verbindungs-offizier zwischen dem englischen Militärbevollmächtigten Oberst Cunningham und der österreichischen Regierung her und ist vom 12. April 1919 datiert, also einige Tage nach der von Czernin behaupteten Unterredung Kenners mit dem englischen Oberstleutnant Strutt. Dieser englische Verbindungs-offizier, Oberstleutnant Seidler, teilt darin der österreichischen Regierung mit, der englische Militärbevollmächtigte habe vom englischen Minister Balfour eine Depesche erhalten, wonach er der österreichischen Regierung erklären solle, daß die Lebensmittelausschüsse der Entente für Oesterreich sofort abgeschnitten würde und eine militärische Besetzung österreichischer Gebiete zu erwägen wäre, falls es in Oesterreich zu ernstlichen Unruhen oder zur Ausrufung der Räterepublik käme. Es wird in diesem Aktensück ferner erklärt, daß die österreichische Regierung zu sehr mit den radikalen Elementen sympathisiere. Dieses Schriftstück ist deshalb wichtig, weil es einige Tage nach der angeblichen Unterredung Kenners abgefaßt wurde und es nicht einzusehen wäre, warum der englische Militärbevollmächtigte Oesterreich mit der Besetzung drohen würde, wenn der Staatskanzler Kenners um die Besetzung selbst ersucht hätte.

Veranstaltungen nicht als Redner aufzutreten. Wie wir weiter erfahren, haben sich die Vertreter der Koalitionsparteien verpflichtet, auf ihre Presse einzuwirken und die Einstellung der gegenseitigen Polemiken anzuordnen. Die Koalition ist also wieder „gerettet“ — bis zum nächsten Streik.

Weniger als zur Zeit der Sozialistenverfolgungen im alten Oesterreich wütere der Staatsanwalt Troppaus gegen unser dortiges Bruderblatt die „Volkspresse“. Diese wurde im Jahre 1922 insgesamt zweimal seit 1. Jänner dieses Jahres aber, also innerhalb fünf Monate, neunmal konfisziert. Die harmlosesten Notizen, die in anderen Parteiblättern unbeanstandet erscheinen konnten, werden in Troppaus unbarmherzig konfisziert. Diese Konfiskationspraxis datiert von dem Zeitpunkt, da in Troppaus die Polizeidirektion ins Leben gerufen wurde. Dort sitzt nämlich der Schuldige, der Urheber dieser Konfiskationen. Ein selbst bei den tschechischen Politikern des Landes als für diesen Posten absolut unfähig erkannter Mensch, leitet diese Polizeidirektion, er und ein streberischer Staatsanwalt dürften ungestört ihr, die Republik schändendes Handwerk betreiben. In vier Interventionen wurde die Verfolgungstour dieser Gesellschaft, die sich nur gegen die sozialdemokratische Presse richtet, dem Justizminister zur Kenntnis gebracht. Aber bis heute ist keine Aenderung eingetreten. Auch der Präsident des Abgeordnetenhauses gibt sich zum Schutze dieser Meuchler der Gedankensfreiheit her, denn bis heute sind die, diese Angelegenheit behandelnden Interventionen der Abgeordneten Genossen Joll und Heeger nicht im Urnde erschienen, obwohl die erste bereits anfangs März eingebracht worden ist. Die Troppauer Zensur und die Regisseure des Parlaments haben also unsere Geduld lange genug auf die Probe gestellt und wir fordern deshalb dringendst, daß sofort eine durchgreifende Aenderung eintritt.

Die Nationaldemokraten gegen die Sozialversicherung. Die Nationaldemokraten geben ihren sozialistischen Koalitionsgenossen zu verstehen, daß sie nicht so nachgiebig sind, wie diese und daß sie Forderungen des arbeitenden Volkes nicht so berücksichtigen, wie diese die Forderungen der Kapitalistenklasse. Der Vorsitzende des nationaldemokratischen Abgeordnetenhauses Lukavsky veröffentlicht im „Cesky Denik“ eine Betrachtung über die Verhandlungen des tschechischen Industriellenverbandes betreffend die Sozialversicherung und erklärt die Unmöglichkeit, die Regierungsvorlage

Der Fünferauschuß beendete seine nachmittags unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Svobla stattgehabte Sitzung in später Abendstunde. Wie mitgeteilt wird, haben sich die Fünferleute dahin geeinigt, in der nächsten Zeit in

sofort und rasch zu behandeln, „wie sich dies einige von der Vorlage begeisterte Leute vorstellen.“ Der aus dem Ministerium für soziale Fürsorge hervorgegangene Antrag sei der Antrag einer bestimmten politischen Partei und deshalb müsse schon aus diesem Grunde die Vorlage überprüft werden. Die Vorlage der Sozialversicherung der Arbeiter könne auch nicht beraten werden, bevor wir nicht die Richtlinien der Versicherung der selbständig Erwerbenden kennen. Beide Vorlagen hängen eng zusammen und man könne nicht eine Gesetz werden lassen, bevor man nicht weiß, wie die andere ausfallen wird. Der Umstand, daß im Herbst Gemeindevahlen sein werden, kam nicht für eine gewaltsame Beschleunigung der Vorlage maßgebend sein. Weiter fühlt sich Lukavsky bemüht, „ausgroße Hoffnungen in bezug auf die Sozialversicherung zu dämpfen“. Die tschechischen Nationaldemokraten enthalten wieder einmal so recht ihren Charakter als nackte Fabrikanten- und Bankierspartei, die eingeschlossen ist, ihre Offensiv gegen die Sozialversicherung fortzusetzen.

Wohin sie zielen! Der 28. März ist als Faschistenblatt in der Art seiner Kampfmittel nicht wählbar und greift deshalb zum Schutze des Faschistenpatrons Karl Kramar in die Preßpolitik der Koalitionsblätter in folgender Weise ein: „Das „Ceske Slovo“ sollte in der Auswahl seiner Ausdrucksmittel vorsorglicher sein und vor allem danach trachten, daß mit dem Worte „Greisenschaftigkeit“ die Blicke Aller in einer gewissen Richtung hypnotisiert werden. Die „Narodni Demokracie“ drückt dies natürlich in fettesten Lettern nach. Deutlicher können die Nationaldemokraten wohl nicht mehr werden.“

Etwas für die Auslandspropaganda. Das Zifferblatt einer mährischen Kirchturnuhr ist gelb, die Stundenziffern und die Zeiger sind schwarz. Die politische Bezirksverwaltung hat wegen dieser koloristischen Ausstattung auf Grund des Schutzes dem Pfarrer die Beseitigung der Turnuhr aufgetragen. In der nordböhmischen Grenzstadt Weipert haben die im Jahre 1911 angebrachten Straßentafeln einen gelblichen Untergrund, von welchem sich die schwarzen Lettern abheben. Die politische Bezirksverwaltung Weipert ist deshalb der Ansicht, daß diese Straßentafeln staatsfeindlichen Charakters sind und verlangt auf Grund des Schutzes ihre Beseitigung.

Tages-Neuigkeiten.

Therese Schlesinger 60 Jahre. Jeder, der die Genossin Therese Schlesinger, die Vorkämpferin der österreichischen Arbeiterbewegung kennt, wird überrascht sein, zu hören, daß sie schon 60 Jahre alt ist. Die Genossin Schlesinger, welche mit zu den bedeutendsten Frauen in der internationalen sozialistischen Bewegung gehört, entstammt einer wohlhabenden bürgerlichen Familie Wiens und hat eine sehr sorgfältige Erziehung genossen. Sie war erst in der bürgerlichen Frauenbewegung tätig, hat aber schon bald erkannt, daß der Kampf gegen die soziale Unterdrückung der Frau nur im Rahmen des Kampfes gegen die soziale Unterdrückung überhaupt, also in den Reihen des Sozialismus, geführt werden könne. Viktor Adler war es, der ihre große Begabung erkannte und sie in die Partei eingeführt hat. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre war sie in erster Linie bei den kaufmännischen Angestellten und bei den Buchbinderarbeiterinnen tätig, ihre Wirksamkeit wurde später eine immer umfassendere und sie gehörte bald zu den ersten Vertrauenspersonen der Partei. Nach dem Umsturz wurde sie in Wien in den Nationalrat gewählt. In den letzten Jahren hat sie mancher schwere Schicksalsschlag getroffen, ihre ebenfalls begabte und in der Arbeiterbewegung tätige Tochter Anna, hat vor mehr als zwei Jahren Hand an sich gelegt. — Wir wünschen der Genossin Schlesinger, die durch ihre Wirksamkeit im alten Oesterreich auch in den Kreisen unserer Genossen und Genossinnen im besten Andenken steht, daß sie noch viele Jahre im Interesse der Arbeiterschaft in ungeminderter Frische wirken möge.

Achtzig Tausend Kronen für die Abschrift der Wählerverzeichnis von Prag. Der Kassier der Bezirks-Organisation der tschechischen Agrarier in Groß-Prag hat dem Präsidenten der Zentralverwaltungskommission der Hauptstadt die Anmeldung, um eine Abschrift der Wählerverzeichnis für die kommenden Gemeindevahlen vorgelegt und auf Aufforderung eines Beamten des Präsidiums eine Einlage von 20.000 Kronen entrichtet. Dabei hat der Herr Dr. Sobicka ausgerechnet, daß die Kosten der Abschrift der Wählerverzeichnis sich auf 80.000 Kronen belaufen werden. Da es — bemerkt hierzu „Beck“ — in Prag fast 400.000 Wähler gibt, kostet das Abschreiben eines Namens 20 Heller. Eine geübte Maschinenschreiberin tippt in einer Minute 50 Namen, so daß sie nach dem Budget des Präsidiums 10 Kronen in einer Minute oder 600 Kronen in einer Stunde, oder 4800 Kronen in acht Stunden, d. i. in einem Tage, verdienen würde. Würden sich in Prag nicht billiger Vervielfältigungsanstalten finden?

Wer ist schuld? In der tschechischen Presse wird die Frage erwoogen, wer die Schuld an dem freitägigen Polizeiangriff gegen die fortschrittliche Studentenschaft trägt. Das „Rude Pravo“ erklärt, daß den Polizeisturm gegen die Studenten der Präsidialchef der Polizeidirektion Dr. Schlichta kommandierte, der auch den Befehl zur Verhaftung der Studenten erteilt haben soll. Von anderer Seite wird wiederum Polizeipräsident Bi-

nerth selbst verantwortlich gemacht für die freitägigen Ereignisse. Dies befreit jedoch das „Eisler-Slobo“, welches den Polizeipräsidenten Wienerth sogar zu einem „bekannten Demokraten“ stempelt. — Klar ist wohl, daß das Vorgehen der Prager Polizei nur ein Zeichen des herrschenden Systems überhaupt darstellt, eines Systems, an dem ganz andere Faktoren als Prager Polizeibeamte die Schuld tragen. Das „Eisler-Slobo“ sollte nur in seiner nächsten Umgebung Nachschau halten. Dort wird es die wahren Schuldigen finden.

Ein treuer Ver-Diener seines Herrn. Havas meldet aus Paris: Auf Grund eines Steckbriefes der Schweizer Polizei ist der ehemalige Intendant des gewesenen Kaisers Karl, Baron Steiner, unter der Anschuldigung, Betrügereien bei dem Verkauf von Habsburgischen Kronkino in Odien verübt zu haben, verhaftet worden. Dazu wird uns aus Wien gedröhlet: Karl Habsburg hatte nach seiner Niederlassung in der Schweiz Steiner, den er vor dem Umsturz zum Konsul in Bern und nach dem Zusammenbruch zum Baron ernannt hatte, den Verkauf der gestohlenen Kronjuwelen anvertraut. Steiner trat in Verbindung mit dem Frankfurter Juwelier Drontheimer und der Pariser Firma Brüder Wienfeld. Wenn ein Stück zum Verkauf kam, schickten es die Genannten ab und Steiner mußte dem Kaiser den Verkauf einreden. Er bekam eine Provision und soll so über eine Million Franken verdient haben. Wienfeld und Drontheimer zerstritten sich aber voriges Jahr und es kam zu einem Prozeß, der aber durch einen Vergleich beendet wurde, indem Drontheimer an Wienfeld 200.000 Franken zahlte. Beide verließen dann die Schweiz und auch Steiner begab sich erst nach Wiesbaden und nun nach Paris, wo er jetzt verhaftet wurde.

Verlässlicher Unterricht in Schweden. Der berufliche und technische Unterricht ist in Schweden sehr weit entwickelt, besonders in Stockholm, wo viele Halb- und Ganztagschulen für berufstätige Knaben und Mädchen bestehen. Nach dem Unterrichts-gesetz von 1918 ist irgendeine Form des Fortbildungunterrichtes für alle Knaben und Mädchen im Alter von 12 oder 13 Jahren aufwärts pflichtmäßig. Die höheren Elementarschulen geben Vollzeitunterricht allgemeiner Art, dessen Lehrplan die Schüler den ganzen Tag in Anspruch nimmt. Die Fortbildungsschulen sorgen für teilzeitlichen Unterricht vorwiegend beruflicher Art. Die Werkstätten-schulen geben den jugendlichen Personen ganztägigen beruflichen Unterricht, die sich für ein bestimmtes Gewerbe entschieden haben und noch keine Beschäftigung fanden, wo sie die nötige Unterweisung erhalten könnten. Die Lehrlingsschulen mit halbtägigem Unterricht sind für jene bestimmt, die bereits in einer Berufswelt stehen und für einen Unternehmer arbeiten. Die Gewerbeschulen haben eine mehr elastische Organisation, besonders in bezug auf die Unterrichtsstunden: der Unterricht ist technischer Art und den Bedürfnissen gewisser Gewerbe angepaßt. Schließlich gibt es noch Handels-schulen und Haushaltungsschulen, deren Lehrplan sich auf ein Jahr erstreckt. Der Besuch der höheren Elementarschulen, der Lehrlings- und Fortbildungsschulen ist pflichtmäßig, jener der Werkstätten- und Gewerbeschulen aber ist freiwillig. Aus einem Artikel von N. Fredriksson (Direktor der gewerblichen und technischen Abteilung des schwedischen Unterrichtsministeriums), der in der International Labour Review für Januar 1923 erschienen ist, geht hervor, daß in Stockholm allein im Schuljahr 1921/22 1873 Schüler diese Anstalten besuchten. Der Unter-

richt gestattet namentlich, die jungen Leute in einem kritischen Alter zu überwachen, in dem sie der Fürsorge und des Ansporns besonders bedürftig sind.

Abbau des Chauvinismus in Amerika. Wie ein Funkpruch aus Washington meldet, hat der Oberste Gerichtshof das in den Staatsgesetzen von Nebraska, Iowa und Ohio enthaltene Verbot, daß in den Schulen irgendeine Sprache außer der englischen gelehrt wird, für nichtig erklärt. Diese Gesetze richteten sich gegen die deutsche Sprache. Der oberste Gerichtshof betonte in dem Urteil: Obwohl der Wunsch der Staatsregierungen, eine einheitliches Volk mit amerikanischen Idealen zu schaffen, im Hinblick auf die unglücklichen Erfahrungen des Weltkrieges lobenswert sei, so ständen doch die von einigen Staaten angewendeten Mittel im Widerspruch zu den Rechten derjenigen Staatsbürger, die deutsch zu lernen wünschten.

Eine Feststellung. In der in unserem gestrigen Leitartikel ausgesprochenen Annahme, Oberst McCanda sei Autor des im „Renton“ veröffentlichten Aufsatzes über den Obersten Rat für nationale Verteidigung, teilt uns das Kommando der ersten Infanterie-Division mit, daß diese Vermutung grundlos ist.

Der Prager Polizeikommissär Jamis wurde — wie uns die Prager Polizeidirektion mitteilt — keineswegs aus disziplinarischen Gründen seines Dienstes entbunden und seine Veretzung hängt durchaus nicht mit den Prager Studentenunruhen zusammen. Dies geht schon daraus hervor, daß Jamis vor drei Wochen zum Kommissariatsdienst versetzt wurde, weil man in dem betreffenden Kommissariat einen erfahrenen Kriminalisten brauchte.

Ein Raubmörder nach sechs Jahren entdeckt. Vor sechs Jahren wurde auf dem Wege nach Bieschowitz in Mähren der Kaufmann Krejci mit einer Hacke erschlagen und beraubt. Das Kreisgericht in Reuttschein hatte gegen den dieses Verbrechen begangenen, überführten Peter Sedlak einen Steckbrief erlassen, doch gelang es diesem, sich so gut zu verbergen, daß man seiner nicht habhaft werden konnte. Während der ganzen Zeit verübte er Diebstähle und Räuberzüge, wofür er unter anderem Namen — seine Identität war damals nicht bekannt — auch wiederholt zu Kerkerstrafen verurteilt wurde, die er abtätigte. Nach einem solchen Diebstahl kam man, wie die „N. Pol.“ meldet, in Prag durch die Beschreibung der Fingerabdrücke darauf, daß es sich um den lange gesuchten Sedlak handelte; man brachte ihn nach Reuttschein und dort wurde von den Zeugen trotz der Veränderung, die durch die Kerkerhaft in seinen Zügen eingetreten war, mit aller Bestimmtheit als der Mörder des Kaufmannes Krejci erkannt. Er wird sich nun wegen seines Verbrechens zu verantworten haben.

Ein furchtbarer Selbstmord. „Ed. Nov.“ melden: Am Montag früh ging der Bergarbeiter Michael Boitovik wie alljährlich zur Schicht zum Eugen-Schacht der Ostro-Karwiner Bergbaugesellschaft in Peterswald. Er hob die Grubenlampe, schritt auf den Schachteingang ein und stürzte sich, ohne daß irgend welche Zeichen der Erregung an ihm bemerkbar waren, mit dem Auf: „Eins, zwei, drei“ in den 400 Meter tiefen Schacht, wo er als formlose Masse aufgefunden wurde. Freunde schildern Boitovik als notorischen Trunkenbold, der seine Tat wohl im Delirium verübt hat. Er war 35 Jahre alt, verheiratet, und hinterläßt ein Kind.

Tod durch Elektrizität. Wie aus Aaaden gemeldet wird, ist beim dortigen Elektrizitätswerk am Samstag ein junger Mensch das Opfer eines tödlichen Unfalles geworden. Der beim Bau beschäftigte Waldemar Dubeniczek wollte einem Freunde den im Maschinraum untergebrachten Dieselmotor erklären und verschaffte sich Zutritt, ob-

wohl die entsprechenden Warnungstafeln angebracht waren. Bei der Erläuterung der Einrichtungen berührte er die Drähte einer Hochspannungsleitung, die mit 20.000 Volt geladen waren, und fand dadurch den Tod.

Ein Heger menschlugs erschossen. In Plan bei Marienbad wurden am Montag abends von unbekanntem Täter aus einem Waldgebüsch gegen den Heger Seitenhandel zwei Schüsse abgegeben, die seinen Tod herbeiführten.

Das nationale Problem. Der internationale Ausschuss sozialistischer Studenten setzt die mit dem Vortrag des Professors Radl über dieses Thema begonnene Diskussion fort. Samstag, den 9. Juni spricht um halb 8 Uhr abends im Steiner-Saal des „Lidovy dom“ Senator Genosse Dr. Polach. Gäste sind willkommen.

Das Haltenkreuz.

Blutiges Verbrechen der bairischen Landespolizei.

Am Samstag abend kam es in Feucht bei Nürnberg in einer von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlung zu einem blutigen Zwischenfall, der nach den bisherigen Angaben zu dem Tode eines bewährten Parteigenossen und zu Verwundungen mehrerer anderer Teilnehmer führte. Ueber die Vorgänge hat der Reichstagsabgeordnete Gen. Vogel als Augenzeuge an den bairischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet und gleichzeitig seine Bereitwilligkeit erklärt, seine Darstellung unter Eid vor Gericht zu wiederholen. Das Telegramm besagt unter anderem: Die Versammlung war von etwa 300 bis 400 Personen besucht, von denen ungefähr 80 der S. P. D. und 15 der N. P. D. angehört haben dürften. Vogel erwähnt u. a. kurz die Vorgänge in Feucht, die Anlaß zu der samstägigen Versammlung gegeben haben. Am 23. Mai spät abends hatte nämlich die „Reichsflagge“ in nächster Nähe von Feucht eine „Uebung“ abgehalten, bei der nach Mitteilung von Parteigenossen mit Maschinengewehren und Gewehren scharf geschossen wurde. Bei dieser Uebung wurden die Häuser der Siedlung scharf beschossen. Die Sachlichkeit der Ausführungen Vogels wurde auch von dem der „Reichsflagge“ angehörenden nachfolgenden Diskussionsredner ausdrücklich festgestellt. Während des Schlußwortes empfand Vogel eine wachsende Erregung der Versammlungsbesucher, die er sich nicht erklären konnte, weil er ganz ruhig sprach. Die Schlußworte seiner Rede wurden durch einen Schuß gehindert. Dieser Schuß kam von außen durch die Türöffnung. Sofort danach fiel eine Anzahl weiterer Schüsse, die von den mit Stahlhelmen und Gewehr eindringenden Landespolizeibeamten abgegeben wurden. Auch durch die Fenster wurde in den Saal geschossen. Dieses Schießen dauerte sogar an, als die Beamten der Landespolizei schon im Saale waren. Die Versammlungsteilnehmer vertiefen darauf mit erhobenen Händen, entsprechend der ergangenen Aufforderung, den Saal, nachdem schon vorher die zur „Reichsflagge“ zu rechnenden Teilnehmer von ihren Freunden geholt worden waren.

Das amtliche Wolfssche Bürenbüro stellt natürlich die Landespolizei als den angegriffenen Teil hin. Aber der tote Kranzenträger und die zahlreichen Verletzungen anderer Versammlungsteilnehmer liefern den besten Beweis dafür, wer der angreifende und wer der angegriffene Teil war.

Ein Lockspiegel der „Organisation Heinz“.

Wie aus Dortmund gemeldet wird, ist ein der Kriminalpolizei gelungen, einen weiteren Spiegel zu verhaften, der in französischem Sold stand und der Organisation Heinz angehört. Er hat u. a. den vom Düsseldorf-Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten Sadowski in die Hände der französischen Besatzungsbehörden gespielt. Im ganzen sitzen vier Spiegel wegen dieser Angelegenheit hinter Schloß und Riegel. Die Verhafteten waren in der Organisation Heinz und in anderen nationalsozialistischen Organisationen sehr aktiv tätig. Es steht fest, daß Angehörige der Organisation Heinz nach der Verhaftung Schlageters noch 700.000 Mark von den Franzosen bekommen haben. Schlageter gilt heute bei den Salenkreuzlern als Nationalheld und Märtyrer. Aber manche Flasche Wein, die bei Trauerfestsessen zu seinen Ehren geleert wurde, mag von dem Judaslohn bezahlt sein, den seine „treuen Gesinnungsbrüder“ für seine verräterische Auslieferung erhielten.

Gerichtssaal.

Die Ehrenbeleidigungssache Ebershys gegen die Nationalsozialisten.

Gestern wurde die Ehrenbeleidigungssache, welche die Abgeordneten Dr. Ebershys, Dr. Bartoschek, Draxl und Landa-Stuch gegen die Mitglieder des Vorstandes der tschechischen nationalsozialistischen Partei eingebracht haben, vor dem Prager Bezirksgericht verhandelt. Den Gegenstand der Klage bildet die Rede des Abg. Slavicek, in der er den Austritt der Kläger aus der nationalsozialistischen Partei als unehrenhaft bezeichnete. Die Verhandlung wurde wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt.

Vollswirtschaft und Sozialpolitik.

Vorstandskonferenz der tschechischen Gewerkschaften.

Sonntag, den 3. Juni fand in Lieben eine Vorstandskonferenz der tschechoslowakischen Gewerkschaften statt, die von 101 Delegierten, welche 34 Verbände vertraten, besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Organisationsbericht referierte Tayerle, der über alle gewerkschaftlichen Ereignisse in den letzten Monaten berichtete. Er stellte fest, daß anstelle der neun ausgetretenen Verbände sechs neue eingetreten sind und daß die zersetzende Tätigkeit der Kommunisten den Individualismus fördere. In der Slowakei kehren die Arbeiter langsam wieder in ihre ursprünglichen gewerkschaftlichen Organisationen zurück. Nach einer kurzen Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 3. Juni 1923 versammelte Vorstandskonferenz nimmt den Bericht des Zentralkomitees für das Jahr 1922 zur Kenntnis. Sie stimmt mit den Organisations- und Wirtschaftsaufgaben, wie sie der Zentralkomitee verfolgt und auch weiter verfolgen wird, überein. Insbesondere betont sie die Aktion zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung gemäß dem vom Kongreß angenommenen Grundgesetz. In einem Staate und Beruf eine gewerkschaftliche Organisation. Die Konferenz begrüßt die Erklärungen jener Gruppen von geistigen Arbeitern zur gewerkschaftlichen und sozialen Arbeit, welche sich von dieser Arbeit bisher ferngehalten haben. Was die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben betrifft,

Mein Reilegefahrte.

Von Maxim Gorkij. 13

Ich war empört bis zur Wut, entriß ihm den Tüll, warf ihn beiseite und sah mich um. Die Fischeressen verhielten keinen Spah. Nicht lange vorher hörten wir von Kosaken folgende Geschichte davon erzählen: Ein Bosjak hatte aus einem Aul, in dem er gearbeitet hatte, beim Weggehen einen eisernen Löffel mitgenommen. Die Fischeressen holten ihn ein, durchsuchten ihn und fanden den Löffel bei ihm. Da schickten sie ihm mit ihren Dolchen den Bauch auf, bohrten den Löffel tief in die Wunde hinein und ritten dann ruhig davon und ließen ihn in der Steppe liegen, wo ihn die Kosaken halbtot auffanden. Er erzählte ihnen alles und starb dann auf dem Wege nach dem Kosakentlager. Die Kosaken hatten uns mehr als einmal und sehr ernstlich vor den Fischeressen gewarnt, indem sie solche und andere lehrreiche Geschichten dieser Art erzählten — ich hatte keinen Grund an ihrer Wahrhaftigkeit zu zweifeln.

Ich fing an, Schadro hieran zu erinnern. Er stand vor mir und hörte mich an. Blöcklich stürzte er lautlos, die Zähne fleischend und die Augen zusammenknirschend, einer Rabe gleich, auf mich los. Fünf Minuten lang rangen wir atemlos Brust an Brust, dann schrie Schadro mir wütend zu: „Genug!“

Ermatet schwiegen wir lange, einer dem andern gegenüber sitzend. Mit kläglichem Miene guckte Schadro dorthin, wo ich den schönen Tüll hingeschleudert hatte, und fing dann an: „Warum haben wir uns geschlagen? Ja, ja, ja! ... Sehr dumm! Gab ich etwa bei dir gestohlen? Was dauert dich? Du dauerst mich, darum hab ich gestohlen. ... Du arbeitest, ich kann nicht. ... Was soll ich machen? Ich wollte dir helfen. ... Be- we!“

Ich suchte ihm klar zu machen, was ein Diebstahl ist.

„Bitte, schwieg still! Du hast einen Schädel wie ein Brett. ...“ wandte er in beruhigendem Tone ein und erklärte: „Wenn du erst sterben wirst, wirst du dann schlafen? Nun! Ist das etwa ein Leben? Schwieg!“

Ich fürchtete ihn aufs neue zu reizen und schwieg. Das war schon das zweite Mal, daß er geschwiegen hatte. Schon früher, als wir noch am Schwarzen Meere waren, hatte er griechischen Fischern eine Taschentücher weggenommen. Damals wäre es beinahe ebenfalls zu einer Schlägerei zwischen uns gekommen.

„Nun, gehn wir weiter?“ sagte er, als wir beide uns etwas besänftigt, verhöhnt und angegrünelt hatten.

Dann gingen wir weiter. Mit jedem Tage wurde er finsterner und warf sonderbare Seitenblicke auf mich. Einmal, als wir schon die Schlucht von Darjal¹⁾ passiert hatten und vom Gudaur abstrichen, da sagte er zu mir: „Ein, zwei Tage vergehen, dann sind wir in Tiflis. He, he!“ Er schmalzte mit der Zunge und strahlte vor Vergnügen. „Ich komme nach Hause — wo wartest du so lange? Auf Reisen! Aus Bad werde ich gehn. ... ah! Essen werde ich viel. ... ah, sehr viel! Sagen werde ich zur Mutter: „Sehr viel will ich essen.“ Sagen werde ich zum Vater: „Perzeih mir! Ich sah viel Nummer und hab das Leben gesehn. ... mancherlei Art! Die Bosjaken, das ist ein sehr gutes Volk!“ Wenn ich einen einmal treffe, dann werde ich ihm Rubel geben, werde ihn in Duchan²⁾ führen, werde ihm sagen: „Trink Wein, ich selber bin ein Bosjak gewesen!“ Ich werd zum Vater auch von dir sagen. ... Das ist ein Weibchen — er war zu mir wie ein älterer Bruder. Er hat mir Lehren

¹⁾ Im oberen Tale des Terel, am Fuße des Kasbek, vor dem Uebergang über den Paß von Gudaur, der Wladikawkas mit Tiflis verbindet.

²⁾ Ein Mittelstück zwischen Schenke und Kramladen im Kaukasus.

gegeben. Er hat mich geschlagen, der Hund. ... er hat mich gestüttet. Und nun,“ werde ich sagen, „nun füttere du ihn dafür. Ein ganzes Jahr füttere ihn. Ein ganzes Jahr füttere ihn — so viel!“ Hörst du, Maxim?“

Ich hörte ihm gerne zu, wenn er so sprach; er hatte in solchen Momenten etwas Natürliches und Kindliches an sich. Solche Reden von ihm waren mir aber auch darum von Interesse, weil ich in ganz Tiflis keine einzige Menschenseele kannte; und der Winter war nahe vor der Tür — auf dem Gudaur hatten wir schon Schneegestöber gehabt. Ich setzte ein wenig Hoffnung auf Schadro.

Wir gingen schnell. Schon hatten wir Madet erreicht, die altertümliche Hauptstadt Iberiens.³⁾ Morgen mühten wir in Tiflis sein.

Schon von weitem, in einer Entfernung von fünf Werst, erblickte ich die Hauptstadt des Kaukasus, eingeklemmt zwischen zwei Bergen vor uns liegen. Unsere Reise war zu Ende! Ich freute mich unwillkürlich, Schadro — war gleichgültig, Stumpf sinnigen Blicks schaute er vor sich hin und spudde fortwährend hungrig seitwärts, mit kläglichem Grimasse dabei an seinen Bauch fassend. Er hatte nämlich unvorsichtigerweise rohe Mohrrüben gegessen, die er unterwegs aufgerissen hatte.

„Du denkst, ich — ein grusinischer Edelmann — werde am hellen Tage in meine Vaterstadt gehn, so wie ich jetzt bin, zerlumpt und schmutzig? Nein — nein! ... Wir werden bis Abend warten. Ha!“

Wir setzten uns an die Mauer eines verlassenem Gebäudes, wickelten uns die letzte Zigarette und zogen, zitternd vor Kälte, an zu rauchen. Von der grusinischen Heertruppe her wehte ein schneidender, bestiger Wind. Schadro sah da und summite zwischen den Zähnen ein

³⁾ Alte Bezeichnung Georgiens. Mchet, Ruinenstadt an der Kura, von Vermonoton besungen.

trauriges Lied. ... Ich dachte an ein warmes Zimmer und an andere Annehmlichkeiten, die ein seßhaftes Leben vor dem Nomadenleben voraus hat.

„Gehen wir!“ — Schadro erhob sich mit entschlossener Miene.

Es wurde dunkel. In der Stadt wurden die Lichter angezündet. Das war schön: mit jedem Schritt glänzten, eins nach dem andern, die Lichtsäulen auf in dem von dichter Finsternis eingehüllten Tale, in dem die Stadt versteckt lag.

„Höre! Du, gib mir den Baschlik da, damit ich mein Gesicht verhülle. ... sonst erkennen mich Bekannte, es könnte fein. ...“

Ich gab ihm den Baschlik. Wir schritten durch die Dgijnstraße. Schadro piff entschlossen etwas vor sich hin.

„Maxim! Siehst du dort die Pferdebahnstation — die Verijskische Brücke? Setz dich hier hin! Warte! Bitte, warte! Ich gehe hier in ein Haus und frage hier einen Freund nach den Meinigen, nach meinem Vater, nach meiner Mutter. ...“

„Du bleibst doch nicht lange?“

„Gleich wieder da! Einen Augenblick!“

Er bog schnell in eine dunkle, enge Querstraße ein und verschwand darin — für immer.

Niemals mehr bin ich ihm begegnet, diesen Menschen — meinem Gefährten während beinahe ganzer vier Monate meines Lebens, aber oft denke ich an ihn in gutem Sinn und mit heiterem Lachen.

Er hat mich viel gelehrt, was man nicht in biden Folianten, von Weissen geschrieben, finden kann — denn die Weisheit des Lebens ist immer tiefer und umfassender, als die Weisheit der Menschen.

Ende.

so betont die Konferenz insbesondere die Notwendigkeit der Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung vom 19. Juli 1921, des Gesetzes über die rechtliche Anerkennung der Kollektivverträge, des Arbeiter-Urlaubsgesetzes, die Änderung des Paragraphen 82 der Gewerbeordnung und des Paragraphen 91 des ungarischen Gesetzes, der Arbeiterkammern und der Reform der Gewerbegerichte. Außerdem weist sie hin auf die Aktion gegen die Gefahr einer neuen Feuerung und verlangt die Sicherung von Arbeitsgelegenheit.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet ein Vortrag des Abg. Winter über die Sozialversicherung. In einer Resolution wurde die Durchführung der Sozialversicherung verlangt. Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht des Abg. Tawerle über die Schritte, die die Gewerkschaftszentrale in Angelegenheit der Reform der Einkommensteuer unternommen hat.

Die Arbeitslosigkeit 1922 und 1923.

Das statistische Staatsamt hat soeben eine Uebersicht über den Arbeitsmarkt im letzten Vierteljahr des Jahres 1922 herausgegeben, so daß nunmehr ein Ueberblick über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1922 möglich ist. Darüber unterrichtet nachstehende Tabelle:

Monat	Arbeitslose	der Unterhaltlosen
Jänner	113.015	54.422
Feber	142.454	78.526
März	123.330	69.719
April	125.070	68.495
Mai	114.584	63.800
Juni	107.702	56.599
Juli	104.273	54.831
August	141.398	76.375
September	232.391	128.864
Oktober	317.626	187.077
November	376.773	225.397
Dezember	437.841	278.344

Daraus geht hervor, daß etwa nur die Hälfte der Arbeitslosen tatsächlich unterstützt wurde.

Für das Jahr 1923 liegen nur die Angaben der Direkt und indirekt Unterstützten vor.

Monat	Direkt	Indirekt (durch die Unternehmungen)	Zusammen
Jänner	123.362	88.608	281.965
Feber	203.674	63.391	267.065
März	183.409	51.882	245.285
April	142.624	50.174	192.798

Nimmt man auch jetzt an, daß nur die Hälfte der Arbeitslosen wirklich unterstützt wird, dann beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig auf ungefähr 400.000.

Lohn- und Gehaltskämpfe in Deutschland.

Die neuerliche Anschwellung der auf Grund des Index errechneten Lebenshaltungssumme hat in Deutschland weitere Kämpfe um die Verbesserung der Löhne und Gehälter in allen Berufen zur Folge. Darauf abzielende Bewegungen sind also wieder — wie in den Vormonaten — allort in Gang. Die Verhandlungen mit der Regierung wegen der ferneren Befolgung der öffentlichen Angestellten kommen scheinbar nicht recht von der Stelle. Von besonderer Bedeutung sind die Verhandlungen in der Metallindustrie. Hier ist der hartnäckige Widerstand der Unternehmer gegen eine gründliche Lohnregelung auch noch nicht überwunden. Für die Industrieangestellten ist ein neuer Tarifvertrag dem Abschluß nahe.

Wilde Streiks in Preussisch-Oberschlesien.

Im ober-schlesischen Industriebezirk kam es anlässlich der neuen Feuerungsstelle unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern zu Streiks, die von den Gewerkschaften nicht gebilligt werden. Für kommenden Sonntag wurde eine Versammlung aller Betriebsräte nach Gleiwitz einberufen.

Passive Resistenz der Grazer Metallarbeiter.

Wie der Grazer „Arbeiterwille“ berichtet, hat die Organisationsleitung der Arbeiterschaft der Metallindustrie in Graz die Durchführung der verminderten Arbeitsleistung beschlossen, da die Industriellen in den neuerlichen Lohnverhandlungen die Forderungen nach Erhöhung der Grundlöhne abermals abgelehnt und nur erklärt hatten, über die mit 3,6 berechnete Erhöhung des Index nicht hinaus zu gehen.

Arbeitslosigkeit in Holland.

In Holland nimmt die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Umfang zu, ganz besonders im Baugewerbe. Der Staat, der 6.100.000 Einwohner zählt, hatte Mitte Jänner 111.050 bei öffentlichen Arbeitsnachweisämtern gemeldete Beschäftigungslose. Der Zustand wird noch dadurch verschärft, daß sowohl die Regierung wie auch viele Gemeindebehörden die Unterstützungsbeiträge stets mehr und mehr herabsetzen.

Niedgang der Gewerkschaften in Rußland.

Kürzlich veröffentlichte das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften, der „Trud“ (Nr. 281), eine Mitgliederübersicht der russischen Gewerkschaften. Diesem Bericht zufolge betrug die Mitgliederzahl der Landarbeiter am 1. Juli 1922 353.336 (am 1. Juli 1921 658.954), Bergarbeiter 260.932 (321.598), der Holzarbeiter 105.687 (246.955), der Lederarbeiter 83.073 (278.866), der Metallarbeiter 459.654 (587.850), der Nahrungsmittelarbeiter 178.370 (391.475), der Bauarbeiter 103.366 (255.629), der Textilarbeiter 380.758 (423.100), der chemischen Arbeiter 139.814 (182.933), der Bekleidungsarbeiter 65.196 (176.381), der Seelente 100.014 (203.138), der

Stimmenführer 139.690 (286.835), der Eisenbahner 769.694 (1.127.479), der Postangestellten 111.775 (197.074), der Staats- und Gemeindegewerkschaften 1.464.243 (2.444.318), der Papierarbeiter 14.958 (26.853), der Druckereiarbeiter 55.523 (93.871), der Zuckerrbeiter 31.012 (50.838), andere Verbände 164.286 (359.175), uneingetragene 59.968 (35.000). Die Mitgliederzahl ist also im Laufe eines Jahres um rund 40 Prozent gefallen. Der „Trud“ erklärt diese Verminderung mit der Einschränkung der Industrie, dem Weggang der Kleinbürgerlichen Elemente (Hausindustrie und Handwerker) sowie mit der Neuregistrierung der Gewerkschaftsmitglieder, die in den Monaten Mai bis August 1922 vorgenommen worden ist. Bis dahin hatte man die Mitgliederzahl einfach angenommen. Das Blatt bemerkt ferner, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder noch immer falle und daß auf den 1. Oktober 1922 die Gesamtzahl 4.600.000 wohl nicht übersteigen dürfte, daß also die Verminderung seit dem 1. Juli 1921 am 1. Oktober 1922 etwa 46 Prozent betragen werde.

Der Verkehrsstreik in Barcelona. 50.000 Arbeiter sind infolge des Verkehrsstreikes ohne Beschäftigung. Unbekannte Täter schossen einen Fahrmann an.

Niedgang der Arbeitslosigkeit in Norwegen. Nach der offiziellen Statistik nimmt in Norwegen die Arbeitslosigkeit ständig ab. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 14.800 gegenüber 34.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegenüber 19.300 Ende April des Vorjahres.

Gewerkschaftliche Zentralisation. Auf einer in Wien abgehaltenen Generalversammlung beschloßen die Verbände der Heimarbeiterinnen und Hausgehilfinnen die Verschmelzung der beiden Verbände zu einem „Verband der im privaten Haushalt beschäftigten Personen sowie aller Hilfskräfte für Reinigung und Heimarbeit“.

Devilenturke.

Die tschechische Krone notiert in:
 Zürich Schw. Frank 16.00.00
 Berlin Mark 2240.00
 Wien österr. Kr. 2120.00

Prager Kurse am 6. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1316.00	1320.00
10.000 Mark	4.30.00	5.30.00
100 belg. Franken	190.25.00	191.75.00
100 schwed. Kronen	605.75	608.25
1 Pfund Sterling	154.25.00	155.75.00
100 Lire	158.75.00	161.25.00
1 Dollar	33.80.00	34.20.00
100 irana. Franken	221.25	222.75
100 Dinar	39.25.00	39.75.00
10.000 magyar. Kronen	60.25.00	64.15.00
10.000 poln. Mark	5.45.00	6.45.00
10.000 österr. Kronen	4.58.00	5.08.00

Züricher Schlusskurse am 6. Juni.

	Gold	Ware
Paris	36.05.00	36.15.00
London	25.64.50	25.66.00
Berlin	0.00.75.00	0.00.78.00
Mailand	20.05.00	20.15.00
Holland	217.20	217.45
Wien	0.00.72.00	0.00.78.25
Budapest	0.09.75	0.10.25
Braun	16.59.00	16.61.00
New York	5.54.25	5.54.75
Belgrad	6.65.00	6.85.00
Warschau	0.00.94.00	0.01.00.50

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Donnerstag „Der blonde Engel“; Freitag „Der fliegende Holländer“; Samstag (Uraufführung) „Die gestohlene Stadt“; Sonntag halb 3 Uhr „Die Bajadere“, abends (Wojart-Zyklus) „Die Zauberslöte“.

Kleine Bühne. Heute Donnerstag Gastspiel Reicher „Die Juden“; morgen Gastspiel Reicher „Vater“; Samstag und Sonntag abends „Der blonde Engel“.

Ensemble-Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters in Prag. Das geschlossene Ensemble des Berliner Lessing-Theaters wird Donnerstag, den 14., Freitag, den 15. Juni mit Shakespeares Lustspiel „Wie es Euch gefällt“ und Samstag, den 16. Juni mit der Sternheim-Komödie „Bürger Schippel“ am Neuen Deutschen Theater in Prag gastieren.

Literatur.

Frei von Unruh: Vaterland und Freiheit (franz. Schneider-Verlag, Berlin). Die Ansprache, die Frei von Unruh am 10. Dezember 1922 im Großen Nibelungenhofe zu Mannheim an die deutsche Jugend richtete, ist ein wertvolles Dokument eines bedeutenden Geistes für die Revolution. Denn mag des Dichters politisches Wollen noch so unklar und ungeformt hinter den Worten stehen, das eine wird jedem Leser klar werden: Der Dichter des „Louis Ferdinand“ ist trotz seiner Vorliebe für das Brandenburg-Preussische in der Geschichte kein Nüchtauer, er will das Neue, das Schöne, das Revolutionäre aus ganzer Seele und will es auch in allen, zu denen er spricht, wecken. Man möchte diese Rede allerdings hören, um ihre kommende Begeisterung ganz miterleben zu können. Unruh ist, das darf bei der Wertung seines Vorkommnisses nicht vergessen werden, unter den Geistigen in Deutschland einer der wenigen, die gegen den Strom schwimmen und in gewissen Sinne ist seine Mannheim Rede eine Tat. Fr.

Alfred Scholz: Moralunterricht als Gefittungs- und Bürgerkunde (Roland-Verlag, Prag). Der Verfasser nennt seine Arbeit „Lehrbuch und Begleiter für Lehrer und Eltern.“

Daß es ein Lehrbuch kaum sein kann, ist schon aus dem geringen Umfang von sechs Druckbogen (für den allerdings wahrscheinlich eher der Verlag verantwortlich zu machen ist) ersichtlich. Einen so schwierigen Stoff könnte heute auch ein bedeutender Pädagog nicht auf so kleinem Raum annähernd erschöpfend behandeln. Als Wegweiser aber ist das Buch recht gut gelungen, es gibt dem Lehrer im theoretischen Teil sowohl als auch in der Stoffsammlung zahlreiche Anregungen auf den verschiedensten Gebieten. Ein fähiger Kopf wird es mit Nutzen gebrauchen können. Wir müssen freilich an der Grundidee des Ganzen bemängeln, daß sie noch ganz in der Denkungsart und dem Gefühlskomplex der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verankert ist. Die Verbreitung des Büchleins können wir nur, solange kein besseres, unsern Anschauungen entsprechendes erscheint, empfehlen. Fr.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Postelberg findet Sonntag, den 10. Juni um 8 Uhr vormittags im Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ in Postelberg mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichte, 2. Unsere nächsten politischen Aufgaben, 3. Der Kampf des Landproletariats und die Presse, 4. Neuwahlen, 5. Allgemeines.

Bezirkskonferenz Jenen. Sonntag, den 10. Juni, um 8 Uhr vormittags findet in Storchs Gasthaus in Jenen-Neuland eine außerordentliche Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichte, u. a. vom Hamburger internationalen Kongreß, 2. Die kommenden Gemeindevahlen, 3. Parteiangelegenheiten.

Versammlungen über den Hamburger Kongreß finden in Westböhmen statt: Karlsbad: Samstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, für den unteren Stadteil im Restaurant „Gambinus“. — Montag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, für den oberen Stadteil im „Fronspohn“, Röhrenstraße. Redner: Genosse de Witte. — Elbogen: Dienstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr. Rednerin: Genossin Burod-Karlsbad. — Chodau: Dienstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Abg. Genosse Dr. H. Litscher-Birkenhammer. — Joachimstal: Dienstag, 12. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Genosse R. H. Falkenau. — Schlagenwald: Mittwoch, 13. d., 8 Uhr abends. Redner: Gen. de Witte-Karlsbad. — Pelschau: Donnerstag, den 14. Juni, 8 Uhr abends. Redner: Abg. Genosse Dr. H. Litscher-Birkenhammer. — Reudel: Freitag, den 15. Juni, abends 8 Uhr. Rednerin: Genossin Burod-Karlsbad. — Falkenau: Samstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Genosse E. de Witte-Karlsbad. — Rb. nigsberg: Sonntag, den 17. Juni. Redner: Genosse R. H. Falkenau.

Gemeindevoteiler-Konferenzen über die Gemeindevahlen finden statt in Graslitz, Elbogen, Falkenau, Reuhammer, Bärtingen und Schönlinde.

Jugend' e vegung.

Sozialistische Jugendorganisation, Prag. Freitag, den 8. d. M. um 8 Uhr abends findet im Cafe „Riza“ (Bereinszimmer) Weinberge, Jungmannova, unsere Monatsversammlung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, bestimmt und vollzählig zu erscheinen.

Frauenkonferenz.

Die Frauenkreis-Konferenz Wardsdorf fand Sonntag, den 3. Juni in Rumburg statt. Sie befaßte sich hauptsächlich mit innerorganisatorischen Fragen und nahm einen zufriedenstellenden Verlauf. Die Lokalorganisationen des Kreisgebietes waren insgesamt durch 17 Genossinnen und 7 Genossen vertreten. Die Kreisleitung hatte ihren Kreisvertrauensmann Genossen G. H. Wardsdorf, die Bezirksorganisation

Deutscher Theatergarten
Heute großes Konzert
 Anfang 3 Uhr. 1670 Anfang 3 Uhr.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
 G. m. b. H.
 Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Lithographiemaschinen mit einer Tagesproduktion von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postparta Nr. 127. 263

Rumburg Genossen Konrad-Rumburg und die Bezirksorganisation Schludenu-Gainspach die Genossen Reyzl und Weber-Schludenu delegiert. Die Konferenz wurde um halb 10 Uhr vormittags durch Genossin Bazant-Riedereinfedel eröffnet. Die Wahlen in das Präsidium ergaben folgendes Resultat: Vorsitzende: Genossin Bazant, Stellvert.: Genossin Wauer-Rumburg; Schriftführerin: Genossin Zieg-Rumburg, Stellvert.: Genossin Feder-Schludenu. Ueber die Tätigkeit in den einzelnen Orten berichtete Genossin Marschner-Warnsdorf. Der Bericht wurde nach ergänzenden Ausführungen der Genossen Weber-Schludenu und Konrad-Rumburg zur Kenntnis genommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ausbau der Organisationen“ referierte Genosse G. H. Wardsdorf. Der Referent kam zunächst auf die in den einzelnen Orten geleistete Arbeit zu sprechen, wobei er feststellte, daß die Tätigkeit in einzelnen Organisationen manchmal etwas zu wünschen übrig ließ, ein Umstand, der in der allgemeinen Wirtschaftskrise zum Teil seine Erklärung findet. Genosse G. H. besprach dann kurz den Hamburger Kongreß und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse und sodann die bevorstehenden Gemeindevahlen. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. In der Debatte sprachen die Genossinnen Bazant-Riedereinfedel, Zieg-Rumburg, Marschner-Warnsdorf, ferner die Genossen Reyzl und Weber-Schludenu und Gärber-Georgswalde. Ein Antrag des Genossen Reyzl auf Bildung eines Frauenkreises-Lomitees fand einstimmige Annahme. Dieses setzt sich aus den dem Kreisaußschuß bereits angehörig Genossinnen zusammen, außerdem hat jede Bezirksorganisation zwei Genossinnen nominiert zu machen. Als Vorsitzende wurde Genossin Martha Marschner-Warnsdorf, Oststraße 1528/III, gewählt, an die von nun an alle, das Frauenkomitee betreffenden Zuschriften zu richten sind. Unter Parteiangelegenheiten wurde die Gründung von Bezirksfrauenkomitees, Veranstaltung von Bezirksausflügen angesetzt und sodann die Konferenz, die erste nach der Spaltung und dem Teilhaber Parteitage, geschlossen.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II, Hügnerober nam. 4. — Donnerstag, den 7. Juni 1923, 8 Uhr abends, Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Vortrag, Referent: Abgeordneter Hadenberg: Die Sozialversicherungsvorlage. 1978

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Sonntag, 10. Juni, Markierungswanderung Libochitz. Abfahrt 5.20 Wilsonbahnhof. Eine Wanderguppe wird angegeschlossen. 2. Tour: Tobiachowitz, Dobříšer Wälder. Abfahrt 6.07 Wilsonbahnhof. Führer: Ludwig Schmidt. Die Teilnehmer für die Edmundsklamm wollen sich umgehend bei der Leitung anmelden. Abfahrt Samstag, 16. Juni. 1681

Turnen und Sport.

DTC. Prag gegen „Linnea“ unentschieden. Stockholm, 6. Juni. (N. A.) Die Fußballmannschaft DTC. Prag hat gestern mit dem schwedischen Team „Linnea“ im Stockholmer Stadion ein unentschiedenes Spiel 1:1 abgeführt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
 Für den Druck verantwortlich: C. Polik.

WILLOW
 Lwow
Ways Sie WANGEN
 WOL!
 „Wissen“ WANGEN“ WANGEN
 glänzt hundert Tausende.